

Antworten auf die Wahlprüfsteine zu Schadstoffen der Zementindustrie

„Liebe Kandidierenden, hiermit wenden wir, **Attac Tübingen-Reutlingen, Fridays for Future Tübingen und Health for Future Tübingen**, uns gemeinsam an Sie und bitten um die Beantwortung unserer Wahlprüfsteine:

In letzter Zeit steht das Thema Zementindustrie zunehmend in den Schlagzeilen, immerhin ist sie weltweit für 8% des CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Doch es gibt noch weitere Probleme: Holcim Dotternhausen, das große Zementwerk an der B27 Richtung Rottweil, darf aufgrund von Ausnahmegenehmigung des Regierungspräsidiums Tübingen teils unkontrollierbare Restmüllabfälle zum Zweck der Zementherstellung verbrennen. Die Umweltgifte gelangen fast ungefiltert in die Atmosphäre und die Umgebung, die strengeren Umweltschutzaufgaben für Müllverbrennung zum Einbau von Filtern, die bis zu 90% der Emissionen verhindern könnte, gelten hier nicht. Holcim Dotternhausen kontaminiert entsprechend der vorherrschenden Windrichtung die Regionen Balingen, Hechingen, Reutlingen und Tübingen und Teile der Schwäbischen Alb mit einem gesundheitsgefährdenden Cocktail aus auch hochgiftigen Schadstoffen. Zudem wird durch den Tagebau zum Kalksteinabbau am Plettenberg schützenswerte Natur unwiederbringlich zerstört.

Eine Zusammenfassung zur Thematik finden Sie unter <https://attac-tuebingen.de/zementwerk-dotternhausen/>

Ausführliche Informationen und Dokumentationen zu all den aufgeführten Themen finden Sie auf der Homepage der Bürgerinitiative:

Verein für Natur- und Umwelt Zollernalb (NUZ) e.V. <https://www.nuz-ev.de/>

Unsere Fragen an Sie als Kandidierende in den Wahlkreisen Reutlingen, Tübingen und Hechingen-Münsingen:“

Wahlkreis	Partei, Name	1. Sind Sie im Falle Ihrer Wahl bereit, sich dieser Problematik noch im laufenden Jahr anzunehmen?	2. Treten Sie dafür ein, dem RP Tübingen weitere Sondergenehmigungen zu untersagen und die Emissionsdaten lückenlos zu veröffentlichen?
TÜ	Grüne: Daniel Lede Abal	Ja, ich stehe Ihnen gerne als Ansprechpartner zur Verfügung	Nach meiner Kenntnis endet die vom RP erteilte Ausnahmegenehmigung im Jahr oder zum Jahresende 2023. Nach meiner Auffassung darf es dann keine weiteren emissionsrechtlichen Ausnahmegenehmigungen mehr geben. Zumindest darf nach meiner Auffassung der Standort emissionsrechtlich nicht bevorzugt werden und sondern muss den Umweltschutzaufgaben für Müllverbrennung entsprechen. Die Veröffentlichung der Emissionsdaten begrüße ich ausdrücklich.
	Linke: Claudia Haydt	Ja, auf jeden Fall.	"Das Land sollte dem Regierungspräsidium die Ausstellung weiterer Sondergenehmigungen untersagen. Hier hat die Landesregierung einen Handlungsspielraum, den sie nutzen sollte. Es ist dazu nicht nötig auf den Bund zu warten. Es ist absolut unverständlich, dass Schadstoffe aus der Müllverbrennung weniger gefiltert werden müssen, wenn die Verbrennung der Zementherstellung dient. Überall müssen zum Schutz von Mensch und Umwelt gute Filteranlagen eingebaut werden.
RT BL HCH- MÜNS	Volt: Fabian Walenczak Jonas Steinwender	Wir sehen konsequenten Klima- und Umweltschutz als Grundsatz unserer Arbeit - es darf keine weitere Zeit verloren gehen. Klimaschädliche Projekte wie diese müssen direkt auf den Prüfstand gestellt werden, vor allem was die Bereiche Sondergenehmigungen/Auflagen und Subventionierung angeht. Daher steht diese Problematik für uns bereits im laufenden Jahr auf der	Es darf aus Sicht von Volt keine klima-/umweltschädlichen Gesetze und Sondergenehmigungen mehr geben, um unser Ziel einer Begrenzung der Klimaerwärmung auf 1,5 Grad zu erreichen. Außerdem müssen auch alle bestehenden Sondergenehmigungen überprüft und nach Möglichkeit anhand dieses Ziels neu bewertet werden. Um die Genehmigungen und das Projekt generell zu bewerten und auch in die Berechnungen für die Klimaneutralität

	David Meckler	Agenda.	bis spätestens 2035 einzubeziehen, müssen die Emissionsdaten auch der Bevölkerung transparent dargestellt werden. Entscheidungen der Politik müssen nachvollziehbar sein.
TÜ RT BL	Klima- liste: Tanja Leinweber Paul Sigloch und Moritz Rothacher	Zunächst zu unserer Position zur Zementherstellung selbst: Die Zementherstellung für Baubeton verursachte 2018 20 Millionen Tonnen CO2-Äquivalente an Emissionen. Dies entsprach einem Anteil von 2,6% aller CO2-Emissionen in Deutschland. Deshalb setzt sich die KlimalisteBW dafür ein, dass beim Neubau die von uns im Bundesrat unterstützte CO2-Bepreisung Anreize für die Verwendung klimafreundlicher Baustoffe schafft und darüber im Preis die graue Energie berücksichtigt wird. Zudem setzt sich die KlimalisteBW für die Förderung des Rohstoff Holz aus heimischen Wäldern als Baustoff ein. Denn damit kann der darin enthaltene Kohlenstoff für lange Zeit der Atmosphäre entzogen werden und damit klimaschädliche Baustoffe, wie Beton, ersetzt werden. Zu 1. Gerne werden wir uns im Falle unserer Wahl der Sache annehmen, um zu klären, inwieweit Handlungsspielräume bestehen und diese für einen vorsorgenden Umweltschutz genutzt werden können.	Sondergenehmigungen bedürfen immer einer besonderen Begründung. Hier sollten zunächst die Begründungen überprüft werden, ob diese zu einer Sondergenehmigung zu Lasten von Mensch und Umwelt gehen. Sollte dies der Fall sein, ist es für uns ein Herzensanliegen uns für vorsorgenden Schutz von Mensch und Umwelt einzusetzen und dann keine weiteren Sondergenehmigungen zu erlassen. Die Emissionsdaten sollten nach den Bestimmungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes auch den Genehmigungsbehörden vorliegen und sollten daher nach Umweltinformationsgesetz und Landesinformationsfreiheitsgesetz für jede*n zugänglich sein. Eine Veröffentlichungspflicht ist nach unserem Wissen gesetzlich nicht vorgeschrieben, könnte jedoch ggf. aus §10 Abs. 1 Nr. 4 UIG abgeleitet werden. Auf jeden Fall kann dies bei einer weiteren Genehmigung als Nebenbestimmung festgelegt werden. Die EU-Kommission macht dies z.B. bei FFH-Ausnahmeverfahren mit ihrer Beteiligung zur Auflage.
RT	SPD: Ramazan Selcuk	Ja	Das RP Tübingen ist bereits dazu verpflichtet die Öffentlichkeit über signifikante Überschreitungen der zulässigen Emmissionsgrenzwerte zu unterrichten. Ramazan Selcuk kann sich vorstellen, diese Mitteilungsverpflichtungen weiter zu verschärfen. Bei Sondergenehmigungen muss stets der Einzelfall geprüft werden. Im Hinblick auf die Klimakrise hält Ramazan Selcuk eine restriktive Vergabe von Sondergenehmigungen für notwendig
	Grüne: Thomas Poreski	Die Grünen von vor Ort sind bereits seit Langem in diesem Prozess involviert und engagiert. Unser Grüner Bundestagsabgeordneter Chris Kühn aus Tübingen hat zudem mit der Bundestagsfraktion einen Antrag im Bundestag eingebracht mit dem Ziel, Schadstoff-Emissionen und andere schädliche Auswirkungen durch Ersatzbrennstoffe zu reduzieren. Er wurde von den anderen Parteien abgelehnt. Im Falle meiner Wiederwahl will ich mich gerne zusammen mit den Kolleg*innen von vor Ort des Anliegens annehmen.	Es gilt, zusammen mit dem Bund zu prüfen, welche Regelungen hier greifen und welche angepasst werden müssen. Eine Anpassung allein auf Landesebene ist nicht möglich. Allerdings hat die Bevölkerung ein Informationsrecht und dafür werden wir uns einsetzen.
	ÖDP: Christof Gminder	Ja, denn ich kann nicht einsehen, wieso bei vielen mittelständischen Betrieben die Einhaltung der Grenzwerte nach 17.Bimschv bis auf die letzte Kommastelle eingefordert werden, aber der größte Verschmutzer in unserer Region großzügige Ausnahmeregelungen erhält.	Ja. Es stellt sich mir noch die Frage, wie es überhaupt zu der Sondergenehmigung kommen konnte, bzw. wer diese abgesegnet hat.

	Linke: Günter Herbig	Wenn wir den drohenden Klimakollaps verhindern wollen, müssen wir durch Handeln auf allen relevanten Ebenen CO2-Ausstoß reduzieren, müssen wir klimaneutral werden. Selbst mir als Naturwissenschaftler war lange nicht bewusst, welche Rolle die Zementherstellung dabei spielt. Das, was sich dazu in Dotternhausen abspielt, ist auf der ganzen Linie inakzeptabel und muss gestoppt werden. Deswegen ein klares JA, ich werde auch dieses umweltrelevante Problem im Falle meiner Wahl schnellstmöglich angehen und in einen vordringlichen Aktionskatalog der linken Fraktion einbringen. Es besteht ja auch angesichts der umweltschädlichen sonstigen Emissionen akuter Handlungsbedarf.	Ja, solche Sondergenehmigungen müssen gehören schnellstmöglich untersagt und sind mir ohnehin völlig unverständlich. Transparenz ist eine der wichtigsten Forderungen, die wir, die Partei Die LINKE, auf allen Ebenen der Politik einfordert.
HCH-MÜNS	Linke: Petra Braun-Seitz	Selbstverständlich werde ich mich oder die gewählten Vertreter der Linken sich unverzüglich noch dieses Jahr mit der Problematik befassen. Wir müssen uns dringend mit Recycling Beton beschäftigen,	Dringend muss dieses Emissionsproblem gelöst werden. Ausnahmegenehmigungen darf es nicht mehr geben.
	FPD: Rudi Fischer	Wir Freie Demokraten treten für eine offene und transparente Kommunikation zwischen allen Beteiligten ein – der Zementindustrie, den Behörden und den Bürgerinnen und Bürgern. Wir wollen die wirtschaftlichen Interessen mit den Interessen des Naturschutzes in Einklang bringen. Wir wollen die Bevölkerung sensibilisieren, informieren und aufklären sowie Misstrauen und Ängste zu nehmen. Nur so gelingt es, die Bedeutung und den Bedarf heimischer Rohstoffe zu erklären und Verständnis für unsere Industrie zu schaffen. Dabei müssen die berechtigten Interessen aller Akteure von der Zementindustrie über den Natur-, Boden- und Gewässerschutz wie auch der Land- und Forstwirtschaft und der Bürger gleichermaßen berücksichtigt werden.	Einseitige Verbote helfen uns nicht weiter, sondern führen lediglich zu einer Verlagerung der Produktion. Der Tonne Co2 ist es aber egal, wo sie ausgestoßen wird. Eine Verlagerung in Länder mit geringeren Umweltstandards hilft weder den Unternehmen noch der Umwelt. Wir Freie Demokraten setzen technische Lösungen, die sowohl Lebensstandards erhalten als auch das Klima schützen. Wir fordern einen fairen Wettbewerb zwischen Holzbau und Zement. Alle Baustoffe und Bauweisen müssen unter umfassender Betrachtung der realen Lebensdauer sowie des vollständigen Lebenszyklus von Gebäuden inklusive Rückbau, Recycling und Wiederverwendung von Baustoffen, Bauprodukten und ganzen Bauteilen, hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft fair bewertet werden. Wir setzen nicht auf einseitige Förderung oder Pflichtanteile, aber vor allem dort, wo durch die verschiedenen Bauweisen erst neue Märkte erschlossen werden (z.B. Nachverdichtung durch Geschossaufstockung), wollen wir durch Innovationen und ein modernes Baurecht Wachstumschancen ermöglichen.
	Grüne: Cindy Holmberg	Natürlich ist uns das Problem beim Einsatz von Ersatzbrennstoffen ist bekannt und wir Grüne der betroffenen Landkreise (ZAK,TÜ,RT und RW) werden noch in diesem Jahr dazu in einer öffentlichen Veranstaltung einladen. Das Thema ist leider sehr komplex und lässt sich nicht alleine auf Landesebene lösen. Sehr viel wird im Bundesimmissionsschutzgesetz geregelt, nur der Bund kann hier auch die Weichen anders stellen. Hierzu hat vor wenigen Tagen unser grüner Abgeordnete aus Tübingen einen Antrag im Bundestag gestellt, leider wurde dieser von CDU/SPD/FDP und AfD abgelehnt.	Das ist nicht einfach so möglich, laut Bundesgesetz hat die Zementindustrie einen Rechtsanspruch auf diese Ausnahmegenehmigung. Dieser Sondergenehmigungen wird sich der grüne Landtagskandidat Erwin Feucht, Zollernalbkreis, annehmen. Eine lückenlose Transparenz und einen öffentlichen Zugang der Messdaten werden wir einfordern und sind auf Landesebene bereits mit der Zementindustrie im Gespräch.